K-6 Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt

Gremium:	LaVo
Beschlussdatum:	10.12.2020
Tagesordnungspunkt:	K-6 Kapitel 6

6. Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt

Wir haben die vergangenen Jahre genutzt, das „Jahrzehnt der Investitionen“ ausgerufen und kräftig in die Zukunft der Stadt investiert. Wir haben U- und S-Bahn-Wagen in Milliardenhöhe bestellt, haben Milliarden für Schulbau und -sanierung ausgegeben, Tausende neue Stellen in der öffentlichen Verwaltung geschaffen und Gehälter auf den Durchschnitt der anderen Bundesländer angehoben, massiv in den Wohnungsbau investiert, genau wie in Energieeffizienz und die Digitalisierung der Verwaltung. Ein Paradigmenwechsel im Vergleich zu der Zeit von vor der Grünen Regierungsverantwortung.

Berlin war heruntergewirtschaftet

2016 war die Stadt gezeichnet von vielen Jahren, in denen ein rot-roter Senat die Devise ausgegeben hatte: „Sparen, bis es quietscht!“ Gerade die Bezirke waren kaum noch handlungsfähig, so massiv waren die Finanzkürzungen und der Personalabbau. Die Berliner Wasserbetriebe waren verkauft, genau wie die vormals landeseigene Wohnungsbaugesellschaft „Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft“ (GSW), die als börsennotierte Gesellschaft mittlerweile der „Deutsche Wohnen“ gehört. Berlin hing bei der Bezahlung der Beamt*innen weit hinter der Bezahlung in anderen Bundesländern zurück, eine gesamtstädtische Steuerung gab es nicht, der Begriff Digitalisierung war für große Teile der Politik ein Fremdwort und eine Senatsstrategie gegen die Klimakrise noch nicht mal am Horizont erkennbar.

Die Berliner Verwaltung hat Handlungsfähigkeit zurückgewonnen

Seitdem ist viel passiert: Wir haben den Bezirken Handlungsfähigkeit zurückgegeben. Seit 2016 haben wir die Bezirksverwaltungen um über 4.000 auf etwa 24.300 Stellen aufgestockt. Ein Plus von 20 Prozent in einer Legislaturperiode. Die Bezirkshaushalte konnten wir sogar um 25 Prozent auf heute rund 7,6 Milliarden Euro steigern. Um Handlungsfähigkeit vor Ort zu schaffen, haben wir seit 2016 einstmalige Sonderprogramme verstetigt und wieder in die Verantwortung der Bezirke und ihrer „Globalsumme“ zurückgegeben. Der „Zukunftspakt Verwaltung“ wurde im Mai 2019 unterzeichnet: Damit haben sich der Regierende Bürgermeister, alle zwölf Bezirksbürgermeister*innen und alle Senator*innen auf ein konkretes gemeinsames Vorgehen verständigt, um Berlins Verwaltung effektiver und effizienter zu machen. Jetzt müssen wir den nächsten Schritt gehen und die Modernisierung der Strukturen auf Landes- und Bezirksebene weiter beschleunigen.

Das Berliner Vermögen halten und ausbauen

Gemeinwohl braucht öffentliche Ressourcen und eine soziale Bodenpolitik. Wir wollen das Vermögen des Landes Berlin sichern und ausbauen. Mit der Privatisierung öffentlichen Eigentums haben wir Schluss gemacht. In der kommenden Legislaturperiode werben wir weiter bei anderen Parteien für eine echte Privatisierungsbremse in der Berliner Verfassung. Um den Aufbau von Berlins Vermögen voranzutreiben, werden wir die neu gegründete „Berliner Bodenfonds GmbH“ ausbauen und die strategischen Ankäufe von Liegenschaften forcieren. Dabei wollen wir mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen kooperieren.

Finanzpolitik, Verwaltung und Bezirke auf Klimaneutralität ausrichten

Gemeinwohl geht einher mit dem Ziel, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verstehen die Finanz- und Haushaltspolitik in Land und Bezirken als zentralen Hebel dafür. Mit einem Berliner Klima-Budget werden wir den Ausstoß von CO_2 reduzieren und die Reduzierung von Treibhausgasen auch noch stärker in die Logik der Bezirksfinanzierung einfließen lassen. Der Berliner Klimaschutzrat soll die Einhaltung der Budgets und die Umsetzung überwachen.

Berlin neu ordnen und die personelle Erneuerung schaffen

Um Gemeinwohl und Klimaneutralität zu erreichen, brauchen wir eine leistungsstarke Verwaltung: modern und effizient, digital und klimaneutral. Berlin kann nur dann funktionieren, wenn dabei alle Ebenen und die Ressorts eng zusammenarbeiten. Darum werden wir die sogenannte „gesamtstädtische Steuerung“ und Zuständigkeiten neu ordnen. Zu allen relevanten Themen und Aufgaben wollen wir ressort- und ebenenübergreifende Zielvereinbarungen schließen. Reibungsverluste und Verantwortungswirrwarr zwischen Hauptverwaltung und Bezirken wollen wir so konsequent beseitigen. In den kommenden Jahren wird ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Wir wollen diesen demographischen Wandel als Chance für die Verwaltungsmodernisierung wahrnehmen. Dafür werden wir die Arbeitsbedingungen verbessern, neue kluge Köpfe werben und die Berliner Verwaltung so divers aufstellen, wie es die Bevölkerung dieser Stadt längst ist.

Lokale Demokratie in den Bezirken stärken

In den Bezirken legen wir einen Schwerpunkt darauf, die lokale Demokratie weiter zu stärken. Die Bezirksämter wollen wir künftig nicht mehr nach Parteienproporz besetzen, sondern eine echte Bezirksregierung schaffen, mit klaren Verantwortlichkeiten für das Regieren auf der einen Seite und klarer Oppositionsrolle auf der anderen. Nur mit einem solchen „politischen Bezirksamt“ wird für die Bürger*innen ersichtlich, wer für welche Politik geradesteht. Damit geht einher, dass wir die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) stärken wollen, zum Beispiel dadurch, dass künftig noch mehr ihrer Beschlüsse tatsächlich eine bindende Wirkung haben.

Die Zeiten von „Sparen, bis es quietscht!“ müssen endgültig vorbei sein. Die Corona-Krise stellt uns vor große finanzielle Herausforderungen, aber Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und Investitionen würde sie letztlich nur schlimmer machen – das hat uns die Vergangenheit gelehrt. Zumal auch unterlassene Investitionen in die Unterhaltung und Modernisierung der städtischen Infrastruktur versteckte Schulden sind. Wir werden weiter in die Stadt investieren: für ein Berlin mit einer guten Grundversorgung für alle, das dem 1,5-Grad-Pfad folgt, für effiziente Verwaltungen in Land und Bezirken und für eine demokratische, gerechte und vielfältige Hauptstadt.

6.1 Grüne Finanzpolitik – Daseinsvorsorge sichern, Berlin klimaneutral und gerechter machen

Berlin ist auf einem guten Weg. Nach Jahren des Kaputtsparens haben wir 2016 einen neuen Kurs eingeschlagen. Wir haben massiv investiert in die Zukunft der Stadt, in Schulen, U- und S-Bahnen, Fahrradwege, Krankenhäuser, mehr Personal und Digitalisierung. Die Corona-Krise hat die Vorzeichen neu gesetzt. Zum ersten Mal seit Jahren mussten wir neue Kredite aufnehmen. Wir haben dies getan, um die wirtschaftliche Aufholjagd der Stadt in den letzten Jahren und ihre weitere Entwicklung abzusichern – viele Unternehmer*innen wurden mit Soforthilfeprogrammen vor dem Ruin gerettet, mit Konjunkturmaßnahmen ermöglichen wir der Wirtschaft einen guten Start aus der Krise. Die Kosten der Krise mit überzogener Sparpolitik

begleichen zu wollen, wäre die falsche Antwort, da sie die Krise nur noch teurer macht. Wir bleiben auf Kurs. Wir bekennen uns weiterhin zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik und dem Schuldenabbau, ebenso wichtig sind aber Investitionen in die Zukunft. Dazu gehört, eine gute Daseinsvorsorge zu sichern, in die funktionierende Stadt zu investieren, Berlin klimaneutral zu machen und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

Daseinsvorsorge ist staatliche Aufgabe

Es war ein Fehler, in den Jahren vor 2016 unter SPD, CDU und Linkspartei Vermögen im Wert von ca. 16,5 Milliarden Euro zu verscherbeln. Dieser Privatisierung öffentlichen Eigentums haben wir in der Landeshaushaltsordnung einen Riegel vorgeschoben. Ein wichtiger Schritt, aber nicht genug. Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines Bodensicherungsgesetzes und durch eine Änderung in der Berliner Verfassung. Dafür werben wir um Mehrheiten über die Parteigrenzen hinweg. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in seinem Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und in außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses.

Eine endgültige Abkehr von der Privatisierungspolitik früherer Zeiten ist uns aber nicht genug. Wir wollen das städtische Vermögen weiter aufbauen. Weil Grundversorgung in öffentlicher Hand die beste Versorgung für alle garantiert, wollen wir kritische Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Der vollständige Rückkauf des Berliner Stromnetzes beendet nicht nur einen jahrelangen Rechtsstreit, sondern ermöglicht endlich gezielte Investitionen in die Infrastruktur der Energiewende der Stadt. Den Einfluss des Landes Berlin werden wir auf alle Energienetze ausweiten. Zur langfristigen Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes streben wir an, dass in 30 Jahren 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, und vergeben öffentliche Grundstücke nur noch als Erbbaurechte. Bei Vergabeverfahren setzen wir auf das beste Konzept, nicht den höchsten Preis. Public Private Partnerships stehen wir kritisch gegenüber, da durch sie häufig höhere Kosten für die öffentliche Hand entstehen und Gewinne meist an die Privaten gehen. Sinnvolle Ausnahmen wie das Energie-Contracting in der Berliner Energie-Agentur, zum Beispiel die Zusammenarbeit von Energieanbietern und Rathäusern zur Energieeinsparung, können im Einzelnen geprüft und gefördert werden.

Finanzpolitik – zentraler Hebel im Kampf gegen die Klimakrise

Wir wollen offenlegen, welche Sektoren und Ausgaben wie viel klimaschädliche CO_2-Emissionen verantworten und einsparen müssen und damit Klimaschutz zu einer Maxime auch haushalts- und finanzpolitischer Entscheidungen machen. Dafür führen wir ein „Klima-Budget“ für die Haushalte in Land und Bezirken ein. Wenn einzelne Bereiche hinter den Pariser Klimazielen und dem davon abgeleiteten Berliner Einsparpfad zurückbleiben, muss zugunsten weiterer Klimaschutzmaßnahmen im Haushalt umgesteuert werden. Die Versorgungsrücklagen und andere Sondervermögen des Landes legen wir nach ethischen und ökologisch-nachhaltigen Kriterien an – Gleiches gilt für Finanzanlagen, an denen das Land Berlin oder seine Gesellschaften Anteile halten. Dieses sogenannte „Sustainable Finance“ soll ausgeweitet werden und systematisch Anwendung finden, bis sämtliche dieser Vermögen klimaneutral angelegt sind. Mit einer jährlichen Berichtspflicht gegenüber dem Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit zur Klima- und CO_2-Bilanz der öffentlichen Finanzanlagen schaffen wir Transparenz und stärken die Nachfrage nach ökologischen Finanzmarktprodukten. Dafür werden wir auch mit der Ausgabe von Green Bonds zur Finanzierung bestimmter öffentlicher Investitionsvorhaben, etwa im Umwelt- und Verkehrsbereich, beginnen.

Finanzpolitik ist Gerechtigkeitspolitik

Gerechtigkeit ist für uns ein wichtiges Ziel, an dem sich auch die Einnahmen des Staates wie seine Ausgaben messen lassen müssen. Im Bereich der sogenannten Ländersteuern und durch eigene Abgaben können die Bundesländer einen Beitrag zur Umverteilung von Reichtum und zu mehr Chancengerechtigkeit leisten. Wir wollen die Weiterentwicklung der Grundsteuer zu einer Bodenwertsteuer prüfen und dazu eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben. Unser Ziel bleibt, Spekulation mit Boden einzudämmen, den öffentlichen Anteil am Grundbesitz deutlich zu steigern und die Liegenschaftspolitik an Gemeinwohlkriterien zu orientieren. Dazu braucht es eine strategische Ankaufspolitik. Dafür wollen wir den neu gegründeten landeseigenen „Berliner Bondenfonds“ ausbauen und dabei mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen kooperieren.

Die zweite Gerechtigkeitsfrage ist, wie Mittel ausgegeben werden. Seit Jahren arbeiten wir in Berlin daran, Mittel geschlechtergerecht einzusetzen. Die Daten liegen mittlerweile ausreichend vor, in der nächsten Legislaturperiode wollen wir konkrete Zielmarken formulieren und verbindlich umsetzen, zum Beispiel um Lohnungleichheiten zwischen Berufsgruppen auszugleichen, die eher von Männern bzw. Frauen ausgeübt werden. Wir setzen uns ferner dafür ein, dass sich die gesellschaftliche Vielfalt in Berlin auch in der öffentlichen Förderung widerspiegelt. Um Bürger*innen mehr direkte Mitsprache über die Verteilung von öffentlichen Mitteln zu geben, setzen wir uns weiterhin für ein Pilotprojekt Bürger*innenhaushalt auch auf Landesebene ein.

Wir arbeiten in Berlin für mehr Verteilungsgerechtigkeit – und genauso von Berlin aus auf Bundesebene. Das Steuerschlupfloch „Share-Deals“, mit dem Investor*innen beim Immobilienkauf die Grunderwerbsteuer umgehen, wollen wir auf Bundesebene schließen. Außerdem werden wir zur Finanzierung nötiger Investitionen Initiativen im Bundesrat ergreifen – zur Wiedereinführung einer Vermögensteuer und um die Schuldenbremse auch für die Länder flexibler zu gestalten.

6.2 Verwaltung fit machen – modern und effizient, digital und vielfältig

Eine gute Verwaltung ist Voraussetzung für eine funktionierende Stadt – dafür, dass Anliegen und Anträge von Bürger*innen oder Unternehmen schnell bearbeitet werden, Beteiligung selbstverständlich wird sowie Fahrradwege und Schulen zügig gebaut werden. Zuletzt hat die Corona-Pandemie einmal mehr gezeigt, wie elementar es für uns alle ist, eine gut ausgestattete, effiziente Verwaltung zu haben. Wir wollen eine Verwaltung, die besten Service garantieren kann und in der bei jeder Aufgabe stets alle Abläufe schnell und reibungslos ineinandergreifen. All das funktioniert nur mit klaren Strukturen, der richtigen Technik, qualifizierten Leuten und einer zentralen Steuerung im Sinne gemeinsamer Standards. Wir wollen Berlins Verwaltung vollständig digitalisieren und die Mitarbeiterschaft so divers aufstellen, wie unsere Stadt auch tatsächlich ist. Vielfalt und gute Arbeitsbedingungen sind die Basis für Kreativität und Motivation. Berlin soll auf den 1,5-Grad-Pfad kommen, die Berliner Verwaltung muss auch hier zum Vorbild werden.

Gesamtstädtische Steuerung – die Beziehungen von Land und Bezirken neu ordnen

Berlin kann nur funktionieren, wenn die Ebenen der Verwaltung und die Ressorts eng zusammenarbeiten und gemeinsame Ziele verfolgen. Eine Verbesserung dieser „gesamtstädtischen Steuerung“ ist Herzstück des „Zukunftspakts Verwaltung“, den wir 2019 geschlossen haben, und zugleich Maßgabe für unsere Arbeit in der kommenden Legislaturperiode. Wir wollen zu allen relevanten Themen und Aufgaben ressort- und ebenenübergreifende Zielvereinbarungen treffen. Die Bezirke wollen wir auch zukünftig personell und finanziell stärken, um vor Ort zusätzliche Handlungsspielräume zu eröffnen.

Gleichzeitig sind wir der Überzeugung, dass es eigentlich einer grundsätzlichen Neuordnung der Beziehungen zwischen Land und Bezirken bedarf. Um das zu erreichen, wollen wir einen Vorstoß wagen, bei dem Land und Bezirke ihre Zuständigkeiten und Kompetenzen neu ordnen. Dies ist in manchen Punkten nur durch eine Verfassungsänderung und mit Zweidrittelmehrheit im Abgeordnetenhaus möglich.

Die Berliner Verwaltung und die Steuerung der Stadt digitalisieren

Die Zukunft der Berliner Verwaltung ist digital. Wir wollen das vorhandene Berliner Service- und Dienstleistungsportal zu einem digitalen Bürger*innenamt weiterentwickeln, das so viele Verwaltungsdienstleistungen wie möglich automatisiert und mobil vorhält. Das ist komfortabel für die Nutzer*innen und hilft zugleich der Verwaltung, Ressourcen einzusparen. So können sich deren Mitarbeiter*innen besser um persönliche Belange und Einzelfälle kümmern.

Aber auch die täglichen Abläufe und das Datenmanagement in unserer Smart City wollen wir digitalisieren: Die intelligente Steuerung von Verkehrsströmen verhindert Stau und sorgt dafür, dass Busse oder Leihräder immer genau da sind, wo sie gebraucht werden. Intelligentes Müllmanagement sorgt für saubere Kieze, die Versorgung mit Kitaplätzen vor Ort wird automatisch mit den Geburten- und Meldedaten in den Stadtteilen abgeglichen.

Um auf diesem Weg voranzukommen, wollen wir die Zuständigkeiten für Digitalisierung, die derzeit in der Senatskanzlei, in der Innen- und der Wirtschaftsverwaltung liegen, besser strukturieren und zusammenführen. Wir brauchen eine zentrale Steuerungsstruktur mit Mandat, Ressourcen und Budgets. Wir haben dafür gesorgt, dass heute im Service-Portal Berlins über 100 Dienstleistungen online erledigt werden können – von der Beantragung von Kita-Gutscheinen bis zur Gewerbeanmeldung. Bis 2026 wollen wir alle öffentlichen Gebäude ans Glasfasernetz angeschlossen haben und wir werden dafür prüfen, inwieweit ein landeseigenes Unternehmen den Ausbau des Glasfasernetzes schneller meistert. Auf Landesebene wollen wir die Verantwortung für die Digitalisierung in einer zentralen Steuerungsstruktur zusammenfassen, anstatt es weiterhin über mehrere Senatsverwaltungen zu verteilen. Damit das Zusammenspiel dieser neuen zentralen Einheit mit den Bezirken gut funktioniert, werden wir auch in jedem Bezirksamt eine*n zentrale*n Digitalisierungsbeauftragte*n einführen und die nötigen Mittel für eine moderne IKT-Ausstattung bereitstellen.

Sicherheit und Effizienz sind für uns die Leitprinzipien der Digitalisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Ohne Datenschutz und IT-Sicherheit haben Bürger*innen und die Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare Verantwortlichkeiten, „privacy by design“, schnell reagierende Beschwerdestellen und ein*e gut ausgestattete IT-Sicherheitsbeauftragte*r sind für uns integraler Bestandteil aller Vorhaben. Gleiches gilt für die Effizienz: Mit zentralem Management der Hardware- und Softwarestrukturen und Beauftragten der Bezirke sowie der Fachbereiche – wie zum Beispiel Schulen – schaffen wir den richtigen Mix aus solider Struktur, einheitlichem Sicherheitsniveau und flexiblem Eingehen auf besondere Bedürfnisse.

Digitalisierung bedeutet neue Anforderungen, sowohl für Verwaltungsmitarbeiter*innen als auch die Politik. Mobiles Arbeiten, digitale Kompetenz und eine neue Fehlerkultur sollen Bestandteil von Weiterbildungen der Verwaltungsmitarbeiter*innen werden.

Personelle Erneuerung organisieren – die Verwaltung wird vielfältig

Verwaltung funktioniert nur mit motivierten Mitarbeiter*innen. In den kommenden Jahren wird ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden, für die anderen stehen große Umbrüche an. Um neue kompetente Mitarbeiter*innen zu gewinnen, setzen wir auf gute Arbeitsbedingungen, eine gute Bezahlung und gute Entwicklungsmöglichkeiten. Es ist uns gelungen, dass Beamt*innen mit dem Ende der Legislaturperiode endlich den Durchschnitt der

Besoldung anderer Bundesländer erreichen. Künftig wollen wir mobiles Arbeiten zur Standard-Option machen und durch Erleichterungen für Quereinsteiger*innen, Austauschprogramme auch mit europäischen Partnerstädten, Qualifizierungsangeboten oder Möglichkeiten, die Laufbahn zu wechseln, attraktive Perspektiven schaffen.

Enquete-Kommission gegen Diskriminierung in der Verwaltung und in den (Sicherheits-) Behörden

Für die Dauer der kommenden Legislaturperiode wollen wir eine parlamentarische Enquete-Kommission einrichten. Ziel ist, diskriminierende Strukturen in der Berliner Verwaltung und den (Sicherheits-)Behörden proaktiv und systematisch zu erfassen, diese abzubauen und die Verwaltung offener und diverser zu machen. Sachverständige aus der Zivilgesellschaft können dort ihre diskriminierungskritische Expertise einbringen und die vielfältigen Perspektiven potentiell Betroffener sicherstellen.

Auch künftig gilt für uns „50 Prozent der Macht den Frauen“ – und das auch auf den höheren Führungsebenen der Verwaltung. Um die Verwaltung für Schwarze Menschen, People of Color, queere Menschen, Menschen mit Behinderung oder Menschen aus bildungsferneren Milieus attraktiver zu machen, setzen wir bei Einstellungsverfahren bewusst auf Diversität. Alle Führungskräfte der Verwaltung sollen Fortbildungen zum Thema Diversität bekommen.

6.3 Handlungsfähige Bezirke schaffen – vor Ort entscheidet sich unser Zusammenleben

Wir sind zuhause in den Kiezen und Stadtteilen. Hier entscheidet sich, wie wir gemeinsam Berlin gestalten. Möglich ist das nur, wenn die Bezirke handlungsfähig sind. Als wir 2016 Regierungsverantwortung übernommen haben, war dies kaum noch gegeben. Das Spardiktat des vorangegangenen Jahrzehnts hatte die Bezirke ausbluten lassen. Wir haben seitdem die Personalstellen in den Bezirken um 20 Prozent angehoben, die finanziellen Mittel sogar um 25 Prozent. Und wir haben Entscheidungsfreiheit an die Bezirke zurückgegeben. Um diesen Weg fortzusetzen, wollen wir an die Strukturen ran und dabei gute Bürger*innendienstleistungen in den Mittelpunkt stellen. Vor Ort muss sich beweisen, dass die Stadt funktioniert sowie mehr Demokratie und Beteiligung möglich sind.

Beste Qualität statt billigster Preis – Finanzierung der Bezirke neu aufstellen

Das Prinzip der Finanzierung der Bezirke ist derzeit bei knappen Mitteln Wettbewerb um den billigsten Preis. Wenn die Aufgabe in einem anderen Bezirk billiger erfüllt wird, müssen alle nachziehen, was zu einer fatalen Abwärtsspirale führt. Diese Logik wollen wir durchbrechen, indem wir die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) neu aufstellen. Wir wollen neben Kostendaten auch Leistungs- und Qualitätsdaten erfassen. Der Preis darf nicht alleiniges Merkmal guter Politik sein. Konkret wird das zum Beispiel beim Klimaschutz. Wir wollen einen Anreiz für klimafreundliches und ressourcensparendes Haushalten in die Logik der Bezirksfinanzierung integrieren. Auch das Gender-Budgeting, also die Prüfung, ob die Mittel Frauen gleichermaßen zugutekommen, wollen wir stärker verankern.

Die derzeitige Logik des Wettbewerbs führt dazu, dass Innovationen nicht geteilt werden, da mehr Effizienz in anderen Bezirken neue Sparzwänge erzeugt. Wir wollen gemeinsames Ringen um den besten Weg, kein Gegeneinander. Gerade bei der Schulsanierung hat sich gezeigt, dass die Bezirke an Grenzen kommen. Darum wollen wir Bezirkskooperationen ausbauen und Prozesse effizienter gestalten, um Kosten zu senken.

Über die Logik der KLR, in der über sogenannte „Produkte“ Einzelleistungen abgerechnet werden, können zum Beispiel Kosten für kulturelle Angebote kaum abgebildet werden. Manche Angebote zeichnen sich durch viele Besucher*innen aus, andere durch eine lange Verweildauer. Das lässt sich nicht in Preis-Mengen-Kategorien fassen. Darum wollen wir Kultur- und Weiterbildung in einem Pilotprojekt ganz aus der KLR herausnehmen und stattdessen die Zuweisungen in anderer Form berechnen – etwa in einer Mischung aus der Fortschreibung bestehender Projekte und tatsächlicher Neubedarfe.

Eigenständigkeit der Bezirke stärken

Die Eigenständigkeit der Bezirke wollen wir weiter stärken. In den letzten Jahren haben wir Sonderprogramme, die Bezirken vorschreiben, wie sie Geld zu verwenden haben, um ein Drittel zurückgefahren und Mittel direkt in den Bezirksplanfonds gegeben. Künftig soll systematisch gelten: Sonderprogramme dürfen nur noch als besondere Innovationsprogramme und nicht mehr zur Finanzierung von Regelaufgaben eingesetzt werden.

All diese Veränderungen müssen sich in der Gesamtsumme der bezirklichen Mittel widerspiegeln. Darum wollen wir die Bezirke künftig frühzeitig an der Erarbeitung des Bezirksplanfonds beteiligen. Unrealistische Einnahmevorgaben wollen wir absenken und konkrete Bedarfe in den Mittelpunkt stellen – inklusive hoher Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards.

Mehr Demokratie in den Bezirken

Die Bezirke sind Orte lokaler Demokratie und aktiver Beteiligung. Dieses Versprechen wollen wir stärker mit Leben füllen und Strukturen neu ordnen. Bislang werden Bezirksämter nach Proporz besetzt – die Parteien stellen Stadträt*innen entsprechend ihrem Wahlergebniss, anders als auf Bundes- und Landesebene, wo eine politische Mehrheit die Regierung bestimmt. Dieses Prinzip wollen wir auch im Bezirk als „politisches Bezirksamt“ einführen. Nur so wird für die Bürger*innen nachvollziehbar, welche Parteien für welche Politik in der Verantwortung stehen.

Mehr Demokratie bedeutet auch, das bezirkliche Parlament, die Bezirksverordnetenversammlung (BVV), zu stärken. Derzeit verfügen die BVVen nur in einigen Bereichen über Beschlussrechte und können überall sonst lediglich Verwaltungshandeln anregen. Das soll sich ändern, wir wollen mehr BVV-Beschlüsse mit Rechtswirkung ausstatten. Außerdem sollen Bezirksverordnete die Möglichkeit erhalten, auf unabhängige Expertise zurückzugreifen, vergleichbar mit dem wissenschaftlichen Dienst des Abgeordnetenhauses.

Auch die direkte Beteiligung von Bürger*innen wollen wir stärken. Wir wollen Bürger*innenentscheide in den Bezirken. Die Idee der Bürger*innen-Haushalte wird bislang ganz unterschiedlich umgesetzt. Wir wollen die verschiedenen Ansätze evaluieren und die besten in allen Bezirken etablieren.

Politik vor Ort wird von Menschen gemacht. Wir haben die Stellen in den Bezirksverwaltungen stark aufgebaut, dies wollen wir fortsetzen. Systematisch gilt künftig: Werden neue Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen, müssen dem auch die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen folgen. Diversität ist für uns bei der Personalgewinnung ein zentrales Kriterium. Ziel ist, die Bevölkerung in all ihrer Vielfalt abzubilden.

Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1. Privatisierung stoppen – Berlins Vermögen ausbauen

Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines Bodensicherungsgesetzes und eine Änderung der Berliner Verfassung. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in seinem

Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und in außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses. Wir wollen, dass Berlins Vermögen nicht nur stabil bleibt, sondern weiterwächst. Deshalb werden wir kritische Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Zur langfristigen Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes streben wir an, dass in 30 Jahren 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, und vergeben öffentliche Grundstücke nur noch als Erbbaurechte.

2. Berliner Klima-Budget – ein Klima-Check für die Haushalte in Land und Bezirken

Klimaschutz wird zur Querschnittsaufgabe in der Berliner Verwaltung. Jeder Sektor – Verkehr, Gebäude, Gewerbe, Abfallwirtschaft etc. – weist ein eigenes jährliches Klima-Budget aus. Maßgeblich sind die Pariser Klimaziele sowie der daraus abgeleitete CO_2-Einsparpfad für Berlin. Wird der nicht eingehalten, müssen die zuständigen Verwaltungen zugunsten zusätzlicher Treibhausgas-Reduktionen nachsteuern: durch eine andere Prioritätensetzung im Haushalt oder ordnungsrechtliche Maßnahmen. Dadurch wird Klimaschutz in Berlin transparenter, kann effektiver kontrolliert werden und fließt stärker in die politische Entscheidungsfindung ein.

3. Gemeinsame Ziele, klare Verantwortlichkeiten – Bezirke und Land stärken

Viele Aufgaben sind derzeit sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene verankert. Dies führt nicht selten zu Doppelstrukturen und unklaren Zuständigkeiten. Für uns gilt der Leitsatz: Aufgaben gehören auf die Ebene, die dafür am besten geeignet ist. Dabei sollen Arbeitsbereiche, von der Planung bis zur Umsetzung, so weit wie möglich von einer einzelnen Verwaltung verantwortet werden. Entscheidend dabei ist, dass der jeweiligen Zuständigkeit auch das notwendige Geld folgt. Zugleich wollen wir Berlin durch ein besseres Zusammenspiel der Ebenen voranbringen, indem wir für alle relevanten öffentlichen Aufgaben und Bürger*innendienstleistungen Zielvereinbarungen abschließen. Damit beschleunigen wir auch die Modernisierung der Stadt, beispielsweise indem der Bau von Radinfrastrukturen bei Hauptstraßen und dem Rad-Vorrangnetz zukünftig komplett auf Landesebene, bei Nebenstraßen komplett auf Bezirksebene angesiedelt ist.

4. Alle Leistungen der Verwaltung digital und aus einer Hand

Wir wollen aus dem Berliner Service- und Dienstleistungsportal ein attraktives digitales Bürger*innenamt machen. Alle Verwaltungsdienstleistungen sollen dort online, medienbruchfrei und auch mobil zugänglich sein. Dazu wollen wir die bundesgesetzlichen Voraussetzungen schaffen und die internen Verwaltungsabläufe vollständig digitalisieren. Unser Ziel ist, das Hin und Her zwischen verschiedenen Ämtern, Internetseiten und Online-Formularen zu beenden. Wir Grüne tragen zugleich Sorge dafür, dass alle Behörden ihre IT-Infrastruktur mit den gebotenen Sicherheitsanforderungen betreiben und ihre Mitarbeiter*innen umfassend geschult werden.

5. Bezirke: Nicht der billigste Preis, sondern die beste Leistung gewinnt!

Das Prinzip der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), auf der die Finanzierung der Bezirke basiert, gerät bei knappen Budgets schnell zu einem ruinösen Wettbewerb um den billigsten Preis. Das führt zu weniger Qualität und unterschiedlichen Standards in den zwölf Berliner Bezirken. Wir wollen Kooperation statt Konfrontation und einen Wettbewerb um die beste Leistung, nicht die billigste. Darum werden wir bei der KLR die Kostendaten mit verbindlichen Qualitätsstandards definieren.